

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 16

Artikel: Die Welt in der wir leben : Inflation der Information : Gefahr und Überwindung
Autor: Gerster, P.A.E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095448>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Welt in der wir leben

Inflation der Information Gefahr und Überwindung

Die Welt, die ich hier und vielleicht in weiteren Aufsätzen meine, ist die offene Gesellschaft, im Gegensatz zur geschlossenen, die Demokratie also im Gegensatz zur Diktatur. Es wird nicht abwegig noch überflüssig sein, diese Welt der offenen Gesellschaft gelegentlich regional und nach ihrer Natur schärfer abzugrenzen. Darauf wird zurückzukommen sein.

Fürs erste merke ich an, dass in dieser Rubrik über Probleme zu sprechen sein wird, mit denen Bürger offener Gesellschaften sich heute zu befassen haben. Gesprochen wird aus der persönlichen Sicht eines Durchschnittsbürgers. Der für seine Äusserungen keine Allgemeingültigkeit fordert. Der für sich einzig in Anspruch nehmen kann, etwas mehr und länger über die offene Gesellschaft nachzudenken. Weil sie ihn fasziniert. So wie die einen im Sport aufgehen, die andern Briefmarken sammeln und die dritten Rosen züchten mögen.

Die offene Gesellschaft, diese subtilste aller Gemeinschaftsformen, diese heikelste aller Staatsordnungen, die nur mit und durch die unsichtbare, meist kaum fühlbare, oft nicht einmal bewusste Zustimmung der Volksmehrheit besteht: Diese offene Gesellschaft kann wahrlich eine Faszination sein dem, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören. Dem auch, der Gewohntes nicht unbedingt auch als Selbstverständliches betrachtet. Dem endlich, der Phantasie genug hat, sich Alternativen vorstellen zu können, derweil sie noch nicht auf der Hand liegen.

Mir jedenfalls ist die offene Gesellschaft befriedigende und bereichernde Freizeitbeschäftigung geworden. Sie war es nicht von Anfang an; sie wurde es aus Not. Aus der Not eines Bürgers, der Mühe hatte, sich in dieser Gesellschaft zurechtzufinden. Offenbar fehlen uns die berufsmässigen Sozialpädagogen, als die sich die Berufspolitiker verstehen sollten, so sie die Politik noch ernst nehmen wollen. Offenbar hat hier der Amateur noch seinen Platz, bis endlich Politologie und Soziologie die neuen Wege weisen, die sie zu weisen schon vermeinen.

In diesem Geiste werde ich meine Gedanken vortragen, bescheiden — in des Wortes altem Sinn, und anspruchslos. Sollten sie bei einem Leser Entsprechung oder Widersprechung finden, so wird es mich um der Sache willen herzlich freuen. So nicht, werde ich die Feder gerne aus der Hand legen.

Dafür, dass ich sie zur Hand nehme, liegt die Verantwortung ohnehin bei der Redaktion dieser Zeitung.

Das Problem, dem ich mich diesmal und zum Beginn zuwenden möchte, ist die Informationsflut, in der wir zu ertrinken drohen. Wie der Schwimmende beim Ertrinken die Richtung verliert, so laufen wir Gefahr, jene Uebersicht zu verlieren, die uns just die gesteigerten Fluten der Nachrichten vermitteln wollen.

Ist der Hinweis überflüssig, dass dies ein Problem ausschliesslich der offenen Gesellschaft ist? In den geschlossenen Gesellschaften gibt es keinen Informationsüberhang. Dafür sorgt der Staat. Oder die Partei. Sie nimmt dem Bürger diese Bürde ab. Doch dürfte er sich kaum erleichtert fühlen. Denn die Nachricht, die ihn erreicht, ist im Sinne der Staats- oder Parteiführung gesiebt und zensuriert. Ich für meinen Teil versuche lieber mit dem Zuviel als mit dem Zuwenig der Information fertig zu werden. So schwer es sein mag.

*

Was vordergründig für die bedrohliche Informationsflut verantwortlich ist, scheint es mir auch im tiefsten Grund zu sein: die Kommunikationsgeschwindigkeit. Sie ist Folge des technischen Fortschrittes.

Telegraf, Telefon, Telex; Radio, Fernsehen, Nachrichtensatelliten; Linotype, Teletyper, Computersatz: das sind Markierungen steigender Nachrichtenfluten. Dieser vordergründige Prozess — einmal eingeleitet — hat eine eigene Energie entwickelt und setzt sich beinahe automatisch und sich selbst potenzierend fort.

Wir haben es der Kommunikationsgeschwindigkeit zu danken, dass die Welt, wie Wendell Wilkie schon vor dreissig Jahren fühlte, nun unübersehbar *eine* Welt geworden ist. Dies, meine ich, ist der tiefere Grund für die Informationsflut und bedarf näherer Erklärung.

✻

Darwin sprach vom Lebenskampf als einem unumgänglichen Element des Daseins. Karl Marx legte seiner Weltanschauung die Idee des Klassenkampfes zugrunde. Kampf — nicht nur in der Form des militärischen Krieges — scheint dem Menschen unausweichlich aufgegeben zu sein. Kampf als Wirkung eines Herrschaftsanspruches hat es denn auch eh und je gegeben. Solcher Kampf wurde immer in der erreichbaren, kontrollierbaren Welt geführt. Erreichbar und kontrollierbar indessen war das, was informationstechnisch überblickbar war: die antagonistischen, sich befehdenden Machtzentren und deren unmittelbare Randgebiete.

So ehrgeizig Dschingis Khan in seinem Machtstreben auch war, Afrika konnte er weder erreichen noch kontrollieren. Der Schwarze Erdteil war ihm daher nicht relevant, weniger noch das damals unbekannte, wiewohl durchaus existierende Amerika.

Langsam wurde die Welt informationstechnisch erschlossen, damit überblickbar, mithin auch erreichbar und kontrollierbar. Der Erste Weltkrieg brachte die grosse Wende. In jenen, im Ursprung rein europäischen Machtkampf haben erstmals Soldaten aus allen Weltteilen eingegriffen, aus eigener Ueberzeugung die amerikanischen und australischen, aus kolonialem Zwang afrikanische und sogar asiatische.

Wie nun die ganze Welt eins geworden ist, ist nach und nach der hinterste Winkel unseres Planeten einem System kommunizierender Röhren angeschlossen und damit weltpolitisch relevant geworden. Der Zweite Weltkrieg hat diese Entwicklung bestätigt. Hitler hat sich nicht nur geirrt im Glauben, den Krieg auf Europa beschränken zu können, sondern auch in der Annahme, die aussereuropäischen Entwicklungen seien für ihn irrelevant. Hätte er sonst eine so verfehlte Rassentheorie aufgestellt, und wenn doch, sie taktisch so ungünstig, nämlich weltweit propagiert?

Vielleicht wird meine Folgerung jetzt verständlicher: *die informationstechnische Erschliessung hat die Welt kontrollierbar gemacht. Indem die Welt kontrollierbar geworden ist, muss sie informationstechnisch immer besser erschlossen werden. Und beide Entwicklungen steigern sich in eine immer grössere Informationsflut.* Das meinte ich, als ich von der eigenen Energie eines Prozesses sprach, der, sich selbst potenzierend, fortschreitet. Man kann den Gedanken auch so illustrieren: während des Wiener Kongresses waren die Machtzentren, aus denen relevante Nachrichten flossen, Wien, Berlin, Paris, London und Moskau. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Washington Wien ersetzt und Rom sich dazu gesellt, derweil heute *jede Hauptstadt und jeder Krisenherd Quellen weltpolitisch relevanter Informationen geworden sind.*

Die Folge ist eine Nachrichtenflut, welcher der Mensch von heute auf den verschiedenen Anforderungsstufen schlechterdings nicht mehr gewachsen ist: der Spezialist ebenso wenig wie der Durchschnittsbürger, von dem die Demokratie verlangt, sich eine eigene Meinung bilden zu können. Dieser postulierte Bürger wird nachgerade zur Fiktion aus praktischer Hilflosigkeit.

Das hier umrissene Problem ist schwerwiegender, als man gemeinhin anzunehmen gewillt ist. Die Demokratie bisheriger Ausprägung scheint mir doch ganz wesentlich davon auszugehen, dass der Bürger fähig ist, sich sein *eigenes* Urteil auf Grund der sachlichen Unterlagen zu erarbeiten. Was aber, wenn er hoffnungslos überfordert wird, indem er die sachlichen Grundlagen der weltpolitischen Entwicklung — und dazu gehören die Nachrichten — nicht mehr zu überblicken vermag?

Die Massenmedien haben nach der «reinen Information» gerufen, nach der unkommentierten Vermittlung «blosser Nachrichten», und darin einen Ausweg zu erkennen vermeint.

Dieser Ausweg ist nicht tauglich. Keine Zeitung ist gross genug, alle relevanten Nachrichten enthalten zu können. Auch die «New York Times» (all the news that's fit to print) vermag dem stolzen Ausspruch nicht mehr zu genügen. Gesetz aber, sie veröffentlichte eine fünfmal umfangreichere Zeitung, wer könnte sie physisch noch bewältigen?

*

Ist die Lage hoffnungslos? Diese Frage zu bejahen, hiesse die Existenzfähigkeit der offenen Gesellschaft glatt verneinen. Nun will ich mindestens im Sinne einer Arbeitshypothese doch davon ausgehen, dass die offene Gesellschaft lebensfähig ist. Das wird sie allerdings auch dadurch beweisen müssen, dass sie das Problem der Informationsflut löst. Die offene Gesellschaft aber ist eine Summe von Individuen. Individuen sind es denn auch, die vor dem Problem stehen; die herausgefordert sind; die Lösungen erarbeiten müssen.

Mir persönlich will es scheinen, dass der Weg nur über den Fachmann, den Experten — man nenne ihn, wie man will — führen kann.

Da mag nun gleich die Angst vor der Expertokratie auftauchen, vor der durchaus nicht gewährleistetsten Unfehlbarkeit des Spezialisten. Und vor allem das berechtigte Bedenken, dass der Experte unkontrollierte Regierungsgewalt erhält, dass also seine Zuständigkeit mit der Zeit seiner Verantwortung davonläuft.

Das sind zweifelsohne echte Gefahren. Aber was ist ihre Alternative? Doch sicher die, dass

der überforderte Bürger seine Zuständigkeit entswinden sieht, während ihm die Verantwortung überbunden bleibt.

*

Indessen glaube ich, dass es Wege gibt, um gesunde Kompromisse zu schliessen.

Zunächst sollte man Gremien von Spezialisten und Kommissionen von Experten — im weitesten Sinn verstanden — immer in konkurrierender Doppelspurigkeit führen, um den Pluralismus zu erhalten. Sodann wird man solchen gewollten oder zufällig entstandenen Institutionen nie eine Entscheidungsbefugnis zubilligen dürfen. Ihre Aufgabe darf nur darin bestehen, die Unterlagen zu sichten, die Spreu vom Korn zu trennen und Vorschläge — wiederum im weitesten Sinn verstanden — auszuarbeiten.

Schliesslich das Wichtigste: Der Bürger, der den Arbeiten dieser Gruppen mit kritischem Sinn begegnen muss, soll sein gesundes Misstrauen nach Massgabe des Erfolges solcher Gruppenarbeit in Vertrauen wandeln. Der Bürger behält dadurch ein «Mitbestimmungsrecht», indem er sein Vertrauen der einen Gruppe eher zukommen lässt als der andern für ein Sachgebiet zuständigen Gruppe.

Die Ueberlegungen, die ich hier in allgemeiner Form dargelegt habe, möchte ich im besonderen auf die Informationsflut anwenden.

«Expertengruppen», so glaube ich, sind zur Bewältigung der Informationsflut ebenfalls nötig geworden. Als Expertengruppen sind auch Herausgeber und Redaktionen von Zeitungen anzusprechen, besonders wenn sie sich spezialisieren — und das ist heute wohl unumgänglich. Infolge der Pressefreiheit ist auf dem Gebiet der Information der Pluralismus — mit Ausnahme von Radio und Fernsehen — von Anfang an gewährleistet.

Widerum das Wichtigste: das, was ich als «Stimmabgabe durch Abonnierung» bezeichnen möchte. Sie müsste viel stärker als bis heute auf Grund des «record» erfolgen, der erbrachten Leistungen, also der Vertrauensbasis, die sich eine Informationsquelle mit der *Zuverlässigkeit ihrer Berichterstattung und mit der Richtigkeit ihrer Beurteilung* aufbauen können

muss. Das aber hängt letztlich vom Bürger ab, womit sich der Kreis schliesst. Der Aufruf muss an jene gerichtet werden, die die offene Gesellschaft tragen, und das ist die Mehrheit des Volkes.

*

Um nicht missverstanden zu werden, betone ich jetzt in aller Form: ich habe nicht das geringste gegen Boulevard-Zeitungen und Unterhaltungsblätter, die auch mir unselten Erholung bieten, und das nicht nur beim Coiffeur. Wenn aber das Volk solchen Informationsquellen andauernd und kaufkraftgestützt den Vorzug gibt und die «Meinungspresse» vernachlässigt, so wird das Volk die Presse haben, die es verdient, und geradewegs in die Manipulation marschieren. Dann ist etwas faul. Nicht im Staat, sondern am Volke selbst. Wenn die Mehrheit der Anstrengung dauernd ausweicht, ihr Vertrauen den Zeitungen auch nach Massgabe von deren informationspolitischer Vertrauenswürdigkeit zu spenden — und nicht nur nach Massgabe ihrer Tauglichkeit zur Lustbefriedigung — so dankt das Volk ab und opfert die offene Gesellschaft.

Mit andern Worten: Aufgabe einer Zeitung kann es sinnvollerweise nicht sein, «reine Information» zu vermitteln, sondern eine aus der Nachrichtenflut ausgewählte, gewissermassen «verdaute» Information. Aufgabe des Bürgers kann es nicht mehr sein, die Zuständigkeit einer Redaktion aus einem Vergleich zwischen «verdauter» und «reiner» Information zu ermassen. Vielmehr muss der Leser die «verdaute» Information mit dem Ablauf der Ereignisse in der Zeit vergleichen. Und wenn es sich erweist, dass der wirtschaftliche Teil einer Zeitung oder der aussenpolitische einer andern vertrauenswürdiger ist, darf der entsprechenden Zeitung solches Vertrauen nicht vorenthalten werden.

Denn das Volk stimmt nicht nur an den Urnen. Unter anderem stimmt es auch mit der Abonnierung dieser oder jener Zeitung.

Die Teilnahme an einer wie auch immer gearbeteten Abstimmung ist Mitgestaltung, ist die Möglichkeit des Einzelnen, «etwas zu tun». So bescheiden diese Möglichkeit auch ist, bleibt sie vorläufig gewahrt. Vornehmlich in der offenen Gesellschaft. P. A. E. Gerster

Der Buchtip

«Die deutsche Ostpolitik 1961—1970. Kontinuität und Wandel». Boris Meissner (Herausg.). Köln, Verlag Wissenschaft und Politik, 1970, 448 Seiten. Fr. 46.70.

Diese Dokumentation umfasst die offiziellen Äusserungen zur deutschen Ostpolitik, die in den Erklärungen der jeweiligen Bundesregierung und der demokratischen Parteien sowie in den Reden, Artikeln und Interviews der verantwortlichen Staatsmänner und führenden Politiker der Bundesrepublik Deutschland enthalten sind. Bekanntlich lassen sich in der Entwicklung der westdeutschen Ostpolitik zwei Phasen unterscheiden. Die erste Phase umfasst die Zeit von 1954 bis 1960. Sie begann mit der Berliner Aussenministerkonferenz Januar/Februar 1954 und bezog sich ausschliesslich auf die Beziehungen zwi-

schen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Höhepunkt war die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion im September 1955 sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen auf vertraglicher Grundlage zur Zeit der Adenauer-Regierungen. Die zweite Phase, 1961—1970, die zum Inhalt dieses Dokumentationsbandes gehört, ist durch die Bemühungen der Bundesrepublik gekennzeichnet, die Beziehungen zu allen Oststaaten zu entwickeln und auszubauen. Den Anfang dieser zweiten Phase bildet ein Entschliessungsantrag des Auswärtigen Ausschusses, der am 14. Juni 1961 von allen Fraktionen des westdeutschen Bundestages gutgeheissen wurde.

Der Herausgeber dieses Bandes, Prof. Meissner, unterscheidet in dieser zweiten Phase der westdeutschen Ostpolitik drei Abschnitte: der Uebergang zu einer flexiblen Ostpolitik (1961—1966), die «neue Ostpolitik» der Regierung der «Grossen Koalition» (1966—1969) und die Modifizierung dieser Politik durch die SPD-FDP-Re-

gierung. Die zu jedem Abschnitt der deutschen Ostpolitik in der Zeit 1961—1970 angeführten offiziellen Dokumente lassen klar erkennen, dass die Fortschritte in der Entspannungspolitik gegenüber dem kommunistischen Osten immer wieder durch Rückschläge unterbrochen wurden, die hauptsächlich durch die Kursänderungen der Sowjetpolitik entstanden sind. Zu diesen Rückschlägen gehören die Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961, der Sturz Chruschtschew im Oktober 1964 und die Warschauer-Pakt-Länder-Intervention in der Tschechoslowakei am 21. August 1968.

Dieses Buch soll nach Ansicht des Herausgebers dazu dienen, «das Verständnis für die Notwendigkeit einer aktiven deutschen Ostpolitik zu fördern und zugleich Geschichtsklitterungen vorzubeugen» (S. 6). Dieser Dokumentationsband ist für eine wissenschaftliche Untersuchung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Staaten unentbehrlich. ku,